

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die Ottendorfer Zeitung erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Der Bezugspreis wird mit Beginn jeden Monats bekannt gegeben.
In Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst. ungewöhnlicher Ereignisse des Vertriebes der Zeitung, d. Abwesenheit od. d. Verhinderung des Verlegers) hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahlung d. Bezugspreises.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 20148.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Helm“ und „Der Kolbold“.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Kühle, Ottendorf-Okrilla.

Wirden werden an den Verleger...
Die Zeitung im Kassen-Vertrieb...
Jeder Verkauf der Zeitung...
Gemeinde-Konto Nr. 188.

Nummer 92

Sonntag, den 9. August 1925

24. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Verbot.

Das Steigenlassen von Drachen, Ballons und ähnlichen vom Winde getragenen Gegenständen innerhalb der Entfernung von 1000 m längs der Hochspannungsleitungen und innerhalb der geschlossenen Dörfer ist nach § 24 der Befehlsverordnung für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden verboten. Verboten ist ferner das Werfen von Seilen und anderen Gegenständen nach den Leitungsdrähten und Isolatoren.

Zum Berhandeln haben strenge Bestrafung zu gewärtigen. Die Eltern werden ersucht, ihre Kinder entsprechend zu bestrafen.

Ottendorf-Okrilla am 6. August 1925.

Der Bürgermeister.

Verfassungsfeier.

Zur würdigen Begehung des Verfassungstages, 11. August, wird gebeten, die öffentlichen und privaten Gebäude in den Reichsfarben zu beflaggen.

Die Diensträume im Rathaus sind am Verfassungstage für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Ottendorf-Okrilla, am 7. August 1925.

Der Bürgermeister.

Neuer Aufwertungskrieg?

Die Aufwertungsgesetze, die im vorigen Monat durch Verabreichung des Reichspräsidenten geltendes Recht wurden, sind, wie man weiß, das Ergebnis monatelanger Kompromiß-Verhandlungen. Der Reichspräsident hatte eine „gerechte“ Aufwertung erwartet. Ueber das, was gerecht ist, gehen die Ansichten ja immer und überall auseinander. Aber eine gleichmäßige Aufwertung, die immerhin ein gewisses Gefühl der Gerechtigkeit erzeugt, ist auch nicht zustande gekommen. Man hätte nämlich nur eine tüchtige Inflationssteuer zu erheben brauchen, zu der selbstverständlich auch die Gemeinden, die Inflationsgewinne aufzuweisen haben, heranzuziehen gewesen wären. Natürlich hätte das Reich und die Länder, die wenigstens formal als Anleihegeber ebenfalls zu den Inflationsgewinnern gehören, einen Anteil hergeben müssen. S wäre ein gemeinsamer Aufwertungsfonds entstanden. Dem Fonds hätte man auf der anderen Seite sämtliche Aufwertungsansprüche gegenüberstellen müssen. Daraus hätte sich die Quote ergeben, die auf sämtliche Aufwertungsleistungen gleichmäßig entfallen wäre.

Dieser einzig „gerechte“ Ausweg wurde verfehlt. Man fand ihn schon deshalb nicht, weil die großen Inflationsgewinnler sich mit Händen und Füßen gegen die Erhebung einer Inflationssteuer gewehrt haben. Aus der Enttäuschung heraus haben sich die Sparrer und Hypothekengläubiger zu einem Verzweiflungsschritt aufgerafft. Die Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsorganisationen sagte in ihrer Sitzung vom 20. Juli den Entschluß, eine entgeltlich annehmbare Regelung der Aufwertung im Wege des Volksbegehrens herbeizuführen. Tatsächlich ist das Volksbegehren der einzige Weg, auf dem noch eine Änderung des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 herbei geführt werden könnte. Es fragt sich nur, ob das Volksbegehren mit Erfolg auch zum — Volksentscheid gebracht werden kann. Voraussetzung des Volksbegehrens ist nach Artikel 73 der Reichsverfassung die Unterstützung durch ein Zehntel sämtlicher Stimmberechtigten im Reich und die Vorlegung eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes. Nach dem Gesetz über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 ist zunächst ein Zulassungsantrag vom Reichsminister des Innern notwendig. Der Antrag braucht die Unterstützung von 5000 Stimmberechtigten. Diese Unterschriften beizubringen, kann den Aufwertungsoberbänden nicht schwer fallen. Vielleicht wird von der Beibringung der Unterschriften abgesehen, da die Aufwertungsverbände glaubhaft machen können, daß 100 000 Stimmberechtigte den Antrag unterstützen. Zweite Frage: Wird es den Aufwertungsgläubigern gelingen, das Zehntel der Stimmberechtigten aufzubringen, die das Volksbegehren unterstützen? Die Zahl der Stimmberechtigten bei der Reichspräsidentenwahl am 26. April 1925 fast 40 Millionen. Erforderlich wäre also die Abgabe von fast 4 Millionen Stimmen für den Gesetzentwurf, bevor es zur Entschcheidung des Reichstags und, falls dieser nicht zustimmt, zum eigen-

lichen Volksentscheid gestellt wird. Für den Volksentscheid ist dann die Mehrheit sämtlicher Stimmberechtigten, also ungefähr 20 Millionen Stimmen erforderlich. Wird das alles gelingen? Für den objektiven Betrachter bleibt es nur die dritte Frage: Darf man der Wirtschaft die für eine gründliche Aufwertung notwendige Summe entziehen oder ist es nicht möglich, ohne einen Zusammenbruch der Betriebe herbeizuführen? Trifft zu der progressiven Einkommensteuer noch eine bedeutende neue Vermögensabgabe hinzu, so bleibt für die Mehrzahl der deutschen Betriebe nichts anderes übrig, als ihre Pforten mit möglicher Beschleunigung zu schließen. Die Aufwertung ist eine Angelegenheit des Besteuerungssystems geworden. Damit steht und fällt der Erfolg des neuen Vorstoßes der Aufwertungsgläubiger.

Vertikales und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 8. August 1925.

— **Bricketpreis-Erhöhung ab 1. September.** Der Preis für mitteldeutsche Hausbrandbricketts wird mit Wirkung vom 1. September 1925 um Mark 0 60 je Tonne erhöht. Dadurch kommt ebenso wie in bereits mit Wirkung ab 1. Juli 1925 erfolgter Preis-Erhöhung um den gleichen Betrag die schon vor dem Kriege im Bricketgeschäft übliche Preis-Aufstellung in Sommer- und Winterpreis zum Ausdruck, die sich im Interesse eines regelmäßigen Absatzes als notwendig herausgestellt hat. Es ist dringend zu empfehlen, die Zeit bis zu der neuen Preis-Erhöhung für die Eindeckung des Winterbedarfes auszunutzen, umso mehr, als der starke Wagenbedarf in den verkehrsreichen Herbstmonaten leicht zu unliebsamen Störungen in der Lieferung führen kann.

— **Die Dresdner Turnerschaft hat sich beim Deutschen Turntag in Würzburg 1924 bereit erklärt, das nächste Deutsche Turnfest 1928 nach Dresden zu übernehmen unter der Voraussetzung, daß die Stadt Köln, die sich in erster Linie um das Fest bewarbt, zur Uebernahme nicht in der Lage sei.** Der Hauptauschuß der D.T. wird am 13. August in Detmold endgültig beschluß fassen. Da mit Rücksicht auf das Sängerbundesfest im Jahre 1928 erwogen werden soll, ob eine Verlegung des Deutschen Turnfestes auf 1929 empfehlenswert und möglich erscheint, hat die Dresdner Turnerschaft kürzlich erneut zu ihrem Angebot Stellung genommen und mit großer Mehrheit beschlossen, ihr Angebot für 1928 oder 1929 aufrechtzuerhalten. Der Rat der Stadt Dresden hat die Einladung der Dresdner Turnerschaft für das Deutsche Turnfest nach Dresden zu der seinigen gemacht und die Dresdner Turnerschaft ermächtigt, die Einladung auch namens der Stadt Dresden auszusprechen.

Dresden. Von der hiesigen Polizei wurde der 19-jährige wohnungslose Arbeiter F. festgenommen, der in letzter Zeit in der Gegend von Niederau zahlreiche Einbrüche in Wohnungen ausführte. Ein Teil der entwendeten Sachen konnte wieder herbeigekauft und den Besohlenen zurückgegeben werden.

— **Am 3. August wurde eine Dresdner Zigarettenfabrik von einem Unbekannten um 20000 Stück Zigaretten Marke „Fip“ betrogen.** Der Betrüger, der sich fälschlicherweise den Namen eines Kunden der Fabrik zulegte, rief die Fabrik herabmündlich an, bestellte die Zigaretten und sagte, ein Bote von ihm würde die Zigaretten abholen, sie müßten immer bereit gestellt werden. Später erschien dann ein Mann, etwa 30 Jahre alt, 165 bis 170 Zentimeter groß, bekleidet mit grauem Jacketanzug und holte die Zigaretten angeblich im Auftrage des Kunden ab. Hinterher stellte sich die ganze Sache als Schwindel heraus. Dieses Betrugsmannöver hat der Unbekannte in noch weiteren Fällen versucht.

Tanscha bei Rabenburg. Der rätselhafte Leichensfund im Staatswalde bei Rabendorf scheint nun seine Aufklärung gefunden zu haben. Wie verlautet, handelt es sich um den 33-jährigen ledigen Arbeiter Stiebler aus Wilschdorf bei Klotzsche, der infolge eines unheilbaren Leidens diesen eigenartigen qualvollen Selbstmord des Verbrennens begangen hat. Ein Schwager, der durch Zufall in einer Tageszeitung von dem Leichensfunde gelesen hatte, glaubt, nach der Beschreibung der Leiche und den ihm vorgelegten Kleidungsstücken, daß es sich bestimmt um die vorgenannte Person handelt. Die gerichtliche Obduktion der Leiche soll in diesen Tagen erfolgen.

Schwenzig. Am Sonnabend wird auf der Strecke Spremberg—Hoyerswerda—Schwenzig eine Kraftpersonen-

post eingerichtet. Damit wird einem dringenden Verkehrsbedürfnisse der beteiligten Gemeinden und der zahlreichen Spreewaldbesucher entsprochen. Der erste Wagen verläßt um 9.10 Uhr vorm. im Anschluß an den um 8.47 daselbst von Dresden eintreffenden Zug.

Bauken. Ein Schabenfeuer scherte auf der sogenannten Bleiche Kleinwella das Wohnhaus des Grundstücksbesitzer Domsche ein. Der Schaden ist teilweise durch Versicherung gedeckt. Die Stallgebäude konnten gerettet werden.

Zittau. Als ein Knecht mit einem Gespür auf der Gleisstraße in Bertsdorf fuhr, fiel dem Handpferd plötzlich der Draht einer elektrischen Leitung, der offenbar schon bei einem vorausgegangenen Gewitter beschädigt worden war, auf den Hals. Das Pferd war sofort tot und auch das andere Pferd verendete nach kurzer Zeit. Der Knecht, der die Pferde von dem Draht befreien wollte, wurde weggeschleudert, erlitt jedoch keine Verletzungen.

Birna. Ein Einwohner von Ehrenberg hatte mit einigen seiner Bekannten eine Wette abgeschlossen, in einem Zeitraum von 18 Minuten 18 Glas Bier, ein Pfund Butter und zwei Stück Butter verzehren zu können. Er gewann die Wette. Nach kurzer Zeit erkrankte er und mußte in das Krankenhaus nach Birna eingeliefert werden, wo er schwer erkrankt daniederliegt.

Bad Schandau. Am Mittwoch früh in der 9. Stunde, als der Dampfer „Röwe“ im Begriff war, die Elbe vom jenseitigen Ufer stadwärts zu kreuzen, wurde er von dem talwärts fahrenden Oberdeckdampfer „Karlsbad“ gerammt. Der Vorgang war die Folge eines Mißverständnisses von beiden Seiten. Die „Röwe“ wurde am Vordersteck stark beschädigt. Kropfen große Gefahr bestand, sind Menschenleben nicht zu beklagen. Bei dem hohen Wasserstand bestand bei der „Röwe“ die Gefahr des Kenterns.

Weißenberg. Am Montag geriet der achtjährige Sohn des Gutsbesizers Juschke aus Ortsteil Feldlaffer beim Spielen in die Welle der Dreschmaschine, wurde mehrfach herumgeschleudert und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb.

Eingekandt.

Wohnungsnot und Wohnungsverschwendung.

Seit Ende des Krieges in großen Wohnungsmangel geraten, befaßt sich die hiesige Gemeinde mit der Herstellung eigener Häuser, um vor allem das Privatkapital auszusparen und glaubt, auf diese Art den Wohnungsmangel bekämpfen zu können. Aber weit gefehlt! Wenn auch bis jetzt Sparsamkeit geübt worden ist, so ist bei diesem Bau der Boden der Sparsamkeit verlassen worden. So eine Kaserne mit ihrem roten Anstrich lockt, doch auch einmal den Blick in das Innere zu werfen. Was man da sieht ist schauerlich und es drängen sich einem Fragen auf, die hoffentlich auch die Herren die für derartige Bauten eintreten, beantworten können:

1. Warum sind die Korridore so groß angelegt? Es hat mancher unserer Einwohner nicht so einen großen Schlafraum zur Verfügung.
2. Warum hat man in jeden Raum Gas hineingelegt? Will man den Bewohnern das Blumenhalten verflümmern? Oder glaubt man, daß in Zukunft keine Gasvergiftungen mehr vorkommen?
3. Welchen Zweck soll der große Boden erfüllen, doch nicht etwa als Gemeindefriedhof.
4. Warum besetzt man diese großen Wohnungen mit Familien, die nur 1 höchstens 2 Kinder haben, für kinderreiche Familien sind „diese“ Wohnungen wohl nicht genügend. Glaubten die Gemeindevorsteher daß sie sich dadurch Freunde erzielen, die Feinde der bis jetzt vertretenen Bau-Politik werden immer größer, denn die Not kennt keine Grenzen. Warum will den gerade die linke Mehrheit eine Sozialisierung von unten und Angst nicht oben an? Warum verläßt der Sprecher dieser Bauten den Sozialisierungsgedanken und fiedelt sich selbst an? Warum zieht er nicht in so eine Mietskaserne? Oder hat er Angst vor seiner eigenen Anschauung?

Hoffentlich genügen für heute diese paar Zeilen.

Ein Freund des Siedlungswesens.

Hierzu eine Beilage.

